

Stadtratsmitglied Truschzinski soll Strafe zahlen



Constanze Truschzinski

Nichtöffentliche Informationen aus Stadtrat vorgetragen - Statt ursprünglich 2000 jetzt 100 Euro verlangt - PDS-Parlamentarierin will notfalls dagegen klagen

Von OTZ-Redakteur Marius Koity Pöbneck. Mit einem Antrag zur jüngsten Stadtratssitzung wollte die Fraktion FDP/FW im Pöbnecker Stadtrat eine Bestrafung der PDS-Stadträtin Constanze Truschzinski nach Geschäftsordnung erreichen. Der Antrag war Tagesordnungspunkt im nicht öffentlichen Teil.

Den Antrag machte Truschzinski in einer Flucht nach vorn in die Öffentlichkeit selber publik. Immerhin war ihr "wegen fortgesetzten Verstoßes gegen die Verschwiegenheitspflicht" ein Ordnungsgeld von 2000 Euro angedroht worden.

Das Fass zum Überlaufen brachte für die FDP/FW, dass Truschzinski im öffentlichen Teil der Ratssitzung vom 18. September Äußerungen von Stadtplaner Thomas Wunsch zur Bebauung von Rotasym-West aus einer vorherigen nicht öffentlichen Beratung zitierte. Dies auch noch "bewusst unvollständig und damit sinnentstellend", ärgerte sich Dr. Thomas Weidemann (FDP/FW).

Bisherige Rügen für ähnliche Vergehen hätten bei Truschzinski keine Wirkung gezeigt, daher sei eine "empfindliche Strafe" gegen die "Wiederholungstäterin" vonnöten. Die Vorab-Veröffentlichung eines nicht öffentlichen Sachverhaltes dürfte die FDP/FW in ihrer Initiative noch bestärken.

Truschzinski sieht es naturgemäß anders. "Mit dem Ordnungsgeld wird der Versuch unternommen, mich mundtot zu machen und kritische Stimmen im Stadtrat auszuschließen", erklärt sie in einer Pressemitteilung. Sie sieht die Äußerungen, die ihr zur Last gelegt werden, von der Baugesetzgebung gedeckt, denn Bebauungspläne seien "bei ihrer Aufstellung und Entwicklung transparent und mit Bürgerbeteiligung aufzustellen und auszulegen".

Ihre Äußerungen stünden dem Wohl der Allgemeinheit oder Interessen Einzelner nicht entgegen. Außerdem findet Truschzinski, dass sich die nicht öffentliche Meinungsbildung der Stadträte inhaltlich in einer Stadtratssitzung wiederfinden sollte.

Der Stadtratsvorsitzende Fritz Kleine (PDS) wollte sich zunächst ebensowenig über die nicht öffentliche Angelegenheit äußern wie Bürgermeister Michael Modde (FW). Beide befürchteten aber gegenüber OTZ, dass Truschzinski ihre Angelegenheit öffentlich beraten lassen will. Das ist offenbar nicht zulässig. Denn es würde, wie zu hören war, gegen berechnete Interessen Truschzinskis verstoßen.

In der Zwischenzeit hat sich die angedrohte Strafsumme erheblich reduziert. Constanze Truschzinski soll keine 2000, sondern lediglich 100 Euro Ordnungsgeld "wegen fortgesetzten Verstoßes gegen die Verschwiegenheitspflicht" an die Pößnecker Stadtkasse zahlen. Das hat der Pößnecker Stadtrat in seiner jüngsten Sitzung mehrheitlich beschlossen. Entsprechende OTZ-Informationen bestätigten am Montag auf Anfrage sowohl Bürgermeister Michael Modde (Freie Wähler) als auch Truschzinski.

Die entsprechende Erörterung fand nicht öffentlich statt. Constanze Truschzinski hatte zwar erwartungsgemäß eine öffentliche Beratung der Angelegenheit beantragt, setzte sich allerdings trotz fünf Unterstützungsstimmen sogar aus der CDU nicht durch.

"Es gibt ein öffentliches Interesse an dem Verfahren", hatte sie argumentiert. Ihr Parteifreund Fritz Kleine hielt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Stadtrates mit der Thüringer Kommunalordnung dagegen, die in solchen Fällen die "Willensbildung" im Stadtrat schützt. Weil sie dann als befangen galt, konnte Truschzinski nicht nur nicht an der, wie zu hören war, lebhaften Diskussion teilnehmen, sie musste auch ordnungsgemäß den Ratssaal verlassen.

Bereits im Vorfeld hatte sich abgezeichnet, dass es der FDP/FW nicht ums Geld ging. Truschzinski sollte aber schon spüren, hieß es, dass sie die Verschwiegenheitspflicht ernst zu nehmen habe. "Das hat nichts mit ‚mundtot machen‘ zu tun", reagierte Modde auf den entsprechenden Vorwurf in einer Pressemitteilung der streitbaren Linken. "Man sollte aber erst einmal nachdenken, bevor man sinnlos provoziert", lautet die Empfehlung des Bürgermeisters.

"Bestrafung hinter verschlossenen Türen, ohne die Beteiligte anzuhören - sehr demokratisch", findet indes Truschzinski. "Es wurde gefeilscht wie auf dem Basar", lautet ihr Eindruck nach dem, was sie aus der nicht öffentlichen Debatte berichtet bekam.

"Ich warte jetzt den Vollzug des Beschlusses ab und werde gegen den Bescheid Widerspruch einlegen", resümierte sie. Offenbar geht es auch ihr nicht ums Geld. Wenn's sein müsse, werde sie gegen den Bescheid auch klagen, kündigte Truschzinski an.